

# Gegen Ausverkauf der Natur

## Bündnis von Umweltverbänden mobilisiert 500.000 Bürger gegen von EU-Kommissionspräsident geplante Änderung von Schutzrichtlinien. Aufweichung befürchtet.

*Jana Frielinghaus*

---

Rund eine halbe Million Europäer haben sich in einer von der EU-Kommission initiierten Befragung gegen die Aufweichung des Naturschutzes in der EU ausgesprochen. Nie zuvor habe ein EU-Konsultationsverfahren, bei dem Bürger im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zumindest ihre Meinung kundtun können, eine solche Resonanz gehabt, teilten vier deutsche Umweltverbände am Freitag in einer gemeinsamen Presseerklärung mit. Dies sei vor allem Ergebnis einer Mobilisierungsaktion von 120 Organisationen in den 28 Mitgliedstaaten, bei der bis zum Freitag mehr als 493.000 Menschen für eine Beibehaltung der bisherigen Naturschutzrichtlinien gestimmt haben. Die zehnwöchige Frist für die Beteiligung von Bürgern am Konsultationsverfahren endete am Freitag um Mitternacht.

Unter dem Motto »Nature Alert!« hatten auch in der Bundesrepublik der Bund für Umwelt und Natur (BUND), der Naturschutzbund (NABU), WWF (World Wildlife Fund) Deutschland sowie der Dachverband Deutscher Naturschutzring (DNR) zur Beteiligung an der Konsultation zur Zukunft der EU-Naturschutzrichtlinien aufgerufen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker habe mit der Bürgerbefragung eigentlich den Weg für ein Naturschutzrecht ebnet wollen, das sich stärker an den Interessen der Wirtschaft orientiert, lautet der Vorwurf der Umweltschützer. Nun zeichnet sich jedoch ab, dass eine überwältigende Mehrheit der teilnehmenden Bürger Junckers Plänen zur Änderung des Naturschutzrechts eine klare Absage erteilt.

Anfang 2016 will die Kommission beschließen, ob sie die Rechtsvorschriften ändert oder von den Mitgliedsländern eine bessere Durchsetzung der Regeln und mehr Finanzmittel einfordert. Sollte Junckers Initiative Erfolg haben, befürchten die Umweltorganisationen eine massive Schwächung der Vorschriften zum Schutz von Arten, Lebensräumen und Schutzgebieten. Konkret geht es um die EU-Vogelschutzrichtlinie, die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) und die Bestimmungen zum weltgrößten Schutzgebietsnetzwerk »Natura 2000«.

Die Verbände verweisen auf eine Vielzahl von Studien, wonach die Richtlinien bereits zur Rettung bedrohter Tierarten beigetragen haben. Seeadler, Kranich, Wildkatze und Biber gehe es dank der Regularien heute »wieder deutlich besser«. Millionen Zugvögel wären ohne sie auf ihrer Route in den Süden zum Abschuss freigegeben. Auch wären »deutlich mehr Moore und Feuchtgebiete trockengelegt, die letzten unberührten Küstenabschnitte bebaut und viele Fledermausquartiere zerstört worden«. Dafür, dass sich die Artenvielfalt dennoch verringert, machen die Umweltorganisationen vor allem die EU-Agrarpolitik sowie die unzureichende Finanzierung der Naturschutzprogramme durch EU-Haushalt und Mitgliedstaaten, Personalmangel und den ihrer Ansicht nach zu laxen Umgang mit den Richtlinien in den Ländern verantwortlich.

NABU-Präsident Olaf Tschimpke forderte Juncker auf, die Agrarpolitik zu reformieren statt »funktionierende Gesetze aufzuboahren«. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger erklärte, die Proteste aus allen EU-Staaten hätten gezeigt, »dass die Menschen von den Politikern in Europa aktive Hilfe beim Schutz des gemeinsamen Naturerbes erwarten« und nicht die Bedienung »kurzfristiger Profitinteressen« durch Gesetzesänderungen. Juncker müsse nun dafür sorgen, dass die bewährten Richtlinien besser umgesetzt werden.

Christoph Heinrich vom Vorstand des WWF Deutschland bezifferte den Nutzen der Natura-2000-Gebiete der EU auf jährlich 300 Milliarden Euro durch Wasser- und Klimaschutz sowie die Schaffung von »Erholungsräumen«. Dem stünden lediglich sechs Milliarden Euro an Kosten für Management und Überwachung der Naturschutzmaßnahmen gegenüber.

Unterdessen sind die Maßnahmen zur Schaffung der Natura-2000-Gebiete und der Flora-Fauna-Habitate in Deutschland in Gegenden, in denen sich beispielsweise die Biberpopulation in den letzten Jahren enorm vergrößert hat, vielfach heftig in der Kritik. So gibt es in den hochwassergefährdeten Regionen an Oder und Elbe Klagen wegen der Dammbauaktivitäten der Tiere und der durch sie verursachten Überschwemmungen und Schäden an Deichen, aber auch wegen der in manchen Regionen starken Reduzierung des Baumbestandes. Ein »Bibermanagement« durch gezielten Abschuss einzelner Tiere ist hierzulande noch immer untersagt, obwohl die Schadensbeseitigung und -prävention jährlich Millionenkosten verursacht. Allein in Brandenburg wird der Biberbestand derzeit auf 4.000 Tiere geschätzt. Anfang Juli protestierten Bauern vor dem Landtag in Potsdam gegen das fehlende »Bibermanagement«. Fragwürdig im Rückblick auch das Zustandekommen der Ausweisung von Natura-2000-Gebieten in Kulturlandschaften: Die betroffene Bevölkerung wurde nie an diesem Prozess beteiligt. (jW)

[www.naturealert.eu](http://www.naturealert.eu)

---

<http://www.jungewelt.de/2015/07-25/050.php>